

## Dokumentation

### ADENAUER UND DER SCHUMAN-PLAN

Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer  
und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950

#### *Einleitung*

Wenige Wochen vor dem nachstehend veröffentlichten Gespräch zwischen Adenauer und Hans Schäffer hatte der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 in einer Regierungserklärung den sogenannten Schuman-Plan veröffentlicht. Dieser Plan, der auf ein von dem französischen Wirtschaftspolitiker Jean Monnet ausgearbeitetes Dokument zurückging, enthielt die Empfehlung, die französische und deutsche Kohle- und Stahlproduktion zu einem „Gemeinsamen Markt“ zusammenzufassen und einer supranationalen Behörde zu unterstellen<sup>1</sup>. Durch einen Pool der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion, dem auch andere Länder beitreten konnten, sollte die wirtschaftliche und zugleich die politische Integration der europäischen Länder gefördert werden<sup>2</sup>.

Durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde der Schuman-Plan verwirklicht<sup>3</sup>. Am 20. Juni 1950 traten die Vertreter der beteiligten Länder (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg) zu Verhandlungen zusammen.

Bei der Auswahl der deutschen Delegation hatte Adenauer Schwierigkeiten, für den französischen Verhandlungsführer Monnet gleichwertige Partner zu finden.

Hans Schäffer, von dem das an dieser Stelle veröffentlichte Dokument stammt, war sowohl von Adenauer als auch von Monnet als deutscher Hauptdelegierter vorgesehen. Beide kannten Schäffer schon aus der Zeit vor dem Kriege. Wer aber war Hans Schäffer?

Hans Schäffer wurde am 11. April 1886 in Breslau geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte an den Universitäten Breslau und Genf und promovierte 1908 zum Dr. jur.<sup>4</sup>. Bis zum Kriegsausbruch 1914 war Schäffer Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Breslau. Nach Beendigung des ersten Weltkriegs, an dem Schäffer an der Westfront teilgenommen hatte, wurde er zunächst

<sup>1</sup> Vgl. den Originaltext und die deutsche Übersetzung, in: Europa-Archiv 6 (1951), S. 3991 ff.

<sup>2</sup> Vgl. William Diebold, *The Schuman Plan, A Study in Economic Cooperation 1950–1959*, New York 1959, sowie Henri Rieben, *Des Ententes de Maître de Forges au Plan Schuman*, Zürich 1954.

<sup>3</sup> Vgl. Hohe Behörde EKGS, 1952–1962, *Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven*, Luxemburg 1963.

<sup>4</sup> Vgl. Hans Schäffer, *Die auswärtigen Hoheitsrechte der deutschen Einzelstaaten*, Leipzig 1908.

zu vorübergehender Mitarbeit in das damalige Reichswirtschaftsamt in Berlin berufen, um dort an der Organisation des Wiederaufbaus der Wirtschaft mitzuwirken. 1919 wurde er als Geheimer Regierungsrat und Vortragender Rat ins Reichswirtschaftsministerium übernommen und stieg dort 1923 mit 37 Jahren zum Ministerialdirektor auf. Zu seinem Aufgabengebiet gehörten zunächst insbesondere Fragen der Wirtschaftsverfassung, wie der Gemeinwirtschaft und der Sozialisierung. So stammen z. B. die Verordnung über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat von 1920<sup>5</sup> sowie die Kartellverordnung von 1925 aus der Feder Schäffers<sup>6</sup>.

Aber auch mit Problemen des Geld- und Kreditwesens, der Exportversicherung<sup>7</sup>, des Kohlebergbaus und der Kraftversorgung hatte Schäffer viel zu tun. Da er parteipolitisch nicht gebunden war, wurde er sowohl von Arbeitgebern als auch von Gewerkschaften als Makler und Vertrauensmann geschätzt. Vor allem in der Reparationsfrage galt Schäffer als Experte; als Mitglied der Kriegslastenkommission nahm er fast an allen internationalen Konferenzen, so z. B. an den Verhandlungen über den Dawes-Plan und den Young-Plan, teil<sup>8</sup>.

Ende 1929 wurde er als Staatssekretär ins Reichsfinanzministerium berufen und hatte dort unter den damaligen Ministern Moldenhauer und Dietrich bei allen wesentlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen großen Einfluß. An der Annahme des Young-Plans während der Haager Konferenzen, an den damit verbundenen Verhandlungen über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, an der Überwindung der Bankenkrise von 1931, sowie am Zustandekommen des deutschen Auslandsmoratoriums hatte Schäffer maßgeblichen Anteil. In enger Zusammenarbeit mit Reichskanzler Brüning kämpfte Schäffer für die Sanierung der Reichskasse, für den Ausgleich des Haushalts und für die endgültige Beseitigung der Reparationen.

Im Mai 1932 wurde Schäffer auf eigenen Wunsch in den vorläufigen Ruhestand versetzt und übernahm als Treuhänder der Gebrüder Ullstein die Leitung des Ullstein-Verlags. Bereits im März 1933 erzwang jedoch die neue Regierung die Entlassung Schäffers, der als jüdischer Generaldirektor zunächst arbeitslos wurde. Mitte 1933 wurde Schäffer von dem schwedischen Bankier Jacob Wallenberg in ein Komitee berufen, das nach dem Tode Ivar Kreugers<sup>9</sup> den bankrotten schwedischen Zündholzkonzern entflechten und sanieren sollte.

Später wurde Schäffer als juristischer Berater in die Geschäftsleitung des Schwe-

<sup>5</sup> Vgl. Joachim Tiburtius, Gedanken über einen Bundeswirtschaftsrat unter besonderer Würdigung der Vorarbeit Hans Schäffers zum Reichswirtschaftsrat, in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht, Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966, herausgegeben von Carsten Peter Claussen, Berlin 1966, Seite 45 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Hans Schäffer, Kartelle, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, herausgegeben von Bernhard Harms, 2. Band, Berlin 1928.

<sup>7</sup> Vgl. Kurt Hamaun und Hermann Habicht, Zur Geschichte der deutschen Exportkreditversicherung, in: Neue Perspektiven . . . , a. a. O., S. 201 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Hans Schäffer, Meine Zusammenarbeit mit Carl Melchior, in: Carl Melchior, Ein Buch des Gedenkens und der Freundschaft, Tübingen 1967.

<sup>9</sup> Vgl. Robert Shaplen, Kreuger: Genius and Swindler, New York 1960.

dischen Zündholzkonzerns aufgenommen. Er siedelte 1936 mit seiner Familie nach Jönköping/Schweden über und nahm 1938 die schwedische Staatsbürgerschaft an.

Zunächst hatte Schäffer den Nationalsozialismus als vorübergehende und sich selbst überlebende Erscheinung angesehen. Erst nach der Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze und den Ereignissen der Kristallnacht erkannte er die wirkliche Gefahr für die in Deutschland gebliebenen Juden. In der Folgezeit versuchte er vergeblich durch private Hilfsaktionen, durch Verhandlungen mit maßgebenden Politikern sowie durch Auswanderungspläne<sup>10</sup> das Schlimmste zu verhindern. Im Zündholzkonzern wie auch in anderen Gesellschaften der Wallenberg-Gruppe war Schäffer u. a. mit internationalen Rechtsfragen und nach dem Kriege mit Kartellproblemen beschäftigt. Als „graue Eminenz“ wirkte er darüber hinaus an allen wesentlichen Geschäftsentscheidungen mit.

Nach 1945 konnte Schäffer seine Tätigkeit auch wieder auf Deutschland ausdehnen. Er nahm mit seinen früheren Mitarbeitern und Freunden wieder Verbindung auf und suchte den in Not Geratenen zu helfen, wo immer es möglich war. So hat er auch das schwedische Flüchtlingshilfswerk tatkräftig unterstützt. In den fünfziger Jahren wurde Schäffer mehrere Male in wichtigen Fragen von Konrad Adenauer konsultiert. 1953 trug er als Berater der schwedischen Regierung während der Londoner Schuldenkonferenz zum Ausgleich der Interessen Deutschlands und seiner Gläubiger bei. 1960 erhielt er von Bundespräsident Heuss, der ihn schon aus der Weimarer Zeit kannte, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Zu seinem 80. Geburtstag gaben Freunde und ehemalige Mitarbeiter eine 536seitige Festschrift heraus<sup>11</sup>. Schäffer starb 1967 in Jönköping/Schweden.

Daß Schäffer weitgehend unbekannt blieb, ist seiner Scheu vor der Öffentlichkeit zuzuschreiben. Obwohl Schäffer sich seines Einflusses auf das politische Geschehen stets voll bewußt war, zeigte er dies nie. Bereits 1934 bekannte er, seiner Natur habe der Souffleurkasten immer besser gelegen als das grelle Rampenlicht der Bühne<sup>12</sup>.

Daß Schäffer auch zur Bundesregierung und insbesondere zu Konrad Adenauer gute Verbindungen hatte, geht aus den Aufzeichnungen Schäffers deutlich hervor. Schäffer hatte sich seit seinem Eintritt in den Reichsdienst Notizen über alle Gespräche gemacht und diese als Grundlage für ein ausführliches Tagebuch verwendet. Dieses Tagebuch wurde anfangs nur sporadisch, ab 1924 regelmäßig geführt. Schäffer machte sich von Tag zu Tag, in bestimmten Zeiten sogar stündlich, stenographische Notizen. Ziel der Eintragungen Schäffers war, sich auch in späterer Zeit über die Verhaltensgründe in den einzelnen Situationen klar zu sein und politisch bedeut-

<sup>10</sup> Vgl. S. Adler-Rudel, Das Auswanderungsproblem im Jahre 1938, Ein Briefwechsel mit Hans Schäffer, in: Bulletin des Leo Baeck Institutes 38/39, 10. Jahrgang, Tel Aviv 1967, S. 159 ff.

<sup>11</sup> Vgl. „Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht“, a. a. O. Autoren dieses Bandes sind u. a.: Hermann J. Abs, Karl Blessing, Arnold Brecht, Gustav Brecht, Gerhard Colm, Klaus Curtius, Ludwig Kastl, Hermann Pünder, Hans Staudinger, Toni Stolper, Walter Strauß, Eric M. Warburg, Konrad Zweigert.

<sup>12</sup> Vgl. Hans Schäffer, Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise, unveröffentlichte Denkschrift, Stockholm 1934, S. 37.

same Vorgänge der Nachwelt möglichst genau und objektiv zu überliefern. Am umfangreichsten sind die Notizen Schäffers während seiner Zeit als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium.

Schäffers glänzendes Gedächtnis erlaubte es ihm, falls es nicht möglich war, sofort zu stenographieren, auch später Aufzeichnungen in nahezu wörtlicher Rede anzufertigen. So geben seine Tagebücher z. B. ein genaues Bild über den Verlauf der Bankenkrise von 1931 und ihre Überwindung und ergänzen die entsprechenden Kabinettsprotokolle.

Mit Ausnahme eines Teilbands aus den ersten Monaten des Jahres 1933, der von der Gestapo anlässlich einer Hausdurchsuchung in Berlin beschlagnahmt und nicht zurückgegeben wurde, sind die Tagebücher heute vollständig erhalten. Schäffer überließ noch zu Lebzeiten den Gesamtbestand als Dauerleihgabe dem Institut für Zeitgeschichte in München. Um jedem ernsthaften Forscher ohne Rücksicht auf Nationalität, Konfession, Rasse oder politischer Bildung jederzeit die Einsichtnahme und Verwertung seiner Tagebücher zu ermöglichen, bestimmte er die Wiener Library, London, als Eigentümerin des Nachlasses. Diese ist verpflichtet, den Leihvertrag mit dem Institut für Zeitgeschichte zu kündigen, wenn die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht mehr die Sicherheit für eine wissenschaftliche Auswertung bieten.

Adenauer und Schäffer trafen sich zum erstenmal nach 16 Jahren am 15. Oktober 1949 wieder. Adenauer hatte von sich aus zu Schäffer über dessen Freund, den früheren Oberpräsidenten von Oberschlesien und damaligen Vertriebenenminister, Hans Lukaschek, Verbindung aufgenommen. Aus dem Protokoll dieser Unterredung geht hervor, daß Adenauer zunächst seine Schwierigkeiten beim Aufbau des neuen Staates schilderte. Im Verlauf des Gesprächs bot Adenauer Schäffer die Position des Staatssekretärs unter Erhard im Bundeswirtschaftsministerium an<sup>13</sup>. Schäffer lehnte jedoch dieses Angebot im Hinblick auf seine schwedische Staatsangehörigkeit ab. Er fügte hinzu, daß der Einsatz eines Emigranten seiner Rasse an entscheidender Stelle die Durchführung ohnehin schwer erträglicher Maßnahmen noch weiter erschweren würde. Gleichzeitig erklärte sich Schäffer jedoch bereit, Adenauer in wichtigen Fragen zu beraten sowie seine alten Verbindungen zur Verfügung zu stellen, was von Adenauer lebhaft begrüßt wurde. Tatsächlich wurde Schäffer von Adenauer in den folgenden Jahren mehrmals konsultiert<sup>14</sup>.

<sup>13</sup> Vgl. Tagebuchauszug vom 15. 10. 1949.

<sup>14</sup> Heinrich Brüning, der nach dem Kriege vergeblich versuchte, in der Bundesrepublik Deutschland wieder Fuß zu fassen, beobachtete diese Verbindung Adenauers mit Schäffer argwöhnisch. Dieses Mißtrauen dürfte einer der Gründe gewesen sein, weshalb die Beziehungen Brünings zu seinem ehemaligen Mitstreiter Schäffer immer mehr erkalteten. Auf weitere Hintergründe wird in der z. Z. entstehenden Biographie Schäffers genauer eingegangen. Diese Arbeit wird im Auftrag des Leo Baeck Institute, New York, mit Unterstützung der Familie Schäffer sowie ehemaliger Freunde vom Autor dieser Einleitung verfaßt und erscheint voraussichtlich Ende 1972. Zum Verhältnis Brüning-Adenauer vgl. Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer – zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1971.

In der Besprechung vom 3. Juni 1950 ging es um den sogenannten Schuman-Plan, der als einer der Grundsteine für die Integration Westeuropas gilt<sup>15</sup>.

Adenauer unterbreitete Schäffer eine politische Analyse, die eine deutsch-französische Annäherung als unumgänglich erscheinen ließ. Dabei wurde deutlich, daß Adenauer primär das politische Ziel des Planes sah, die Versöhnung der seit Jahrhunderten entzweiten Länder zu erreichen<sup>16</sup>.

Dies war für ihn das einzige Mittel zur Verteidigung Westeuropas gegenüber dem Osten. Schäffer sah im Schuman-Plan außerdem eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Realisierung des Plans mußte vor allem der französischen Wirtschaft gelegen sein: Die französische Stahlproduktion verlangte ein weiteres Absatzgebiet, ein Teil der Kohlengruben war trotz hoher Investitionen nicht mehr wettbewerbsfähig. Dazu kam die Furcht vor der Zeit des internationalen Wettbewerbs, vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die deutsche Industrie hoffte dagegen, daß durch die geplante Poolung der Montan-Industrie das Ruhr-Statut abgebaut und die Saar-Frage ihres politischen Charakters entkleidet werden konnte.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy faßte Schäffer später diesen Sachverhalt zusammen und folgerte, daß hier ein Fall vorliege, „in dem beide Kontrahenten aus ganz verschiedenen Gründen das gleiche wünschten, und das sei ein gutes Omen für das Schicksal des Schuman-Planes“<sup>17</sup>.

Adenauer, der zwar diese Betrachtung wirtschaftlicher Nebengründe abwehrte, hatte erkannt, daß für den französischen Hauptdelegierten Jean Monnet für die bevorstehenden Verhandlungen gleichwertige Partner gefunden werden mußten. Sein ursprünglicher Plan, Hermann Abs und Schäffer die Verhandlungsführung zu übertragen, scheiterte. Schäffer wollte nicht im „Rampenlicht“ auftreten, sondern eher als „Souffleur“ oder „Spielleiter hinter der Szene“ wirken. Von 15 auf der Vorschlagsliste Schäffers enthaltenen Personen wurden von Adenauer alle bis auf vier als Delegierte abgelehnt. Zwei davon, Walter Hallstein und Hans Constantin Boden von der AEG wurden später von Adenauer nominiert<sup>18</sup>. Neben den Hauptdelegierten Hallstein und Boden wurden Hans vom Hoff, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der frühere deutsche Beobachter bei der Ruhrbehörde, Walter Bauer, sowie Ministerialdirektor Blankenhorn, der engste Mitarbeiter Adenauers im Bundeskanzleramt, zu Delegierten ernannt.

Während Boden als Finanzmann der AEG reiche Erfahrungen auf internationalem Parkett besaß, war der Leiter der Delegation, Professor Hallstein, in dieser Hinsicht noch unerfahren. Als Ordinarius für Internationales Recht an der Uni-

<sup>15</sup> Vgl. Heinrich Siegler, *Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961*, Bonn-Wien-Zürich 1961.

<sup>16</sup> Damit sollte an die Politik Briands und Stresemanns angeknüpft werden, die schon 25 Jahre vorher eine deutsch-französische Annäherung versuchten.

<sup>17</sup> Tagebuchaufzeichnung vom 20. 6. 1950.

<sup>18</sup> Vgl. *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*, 5. Jahrgang, Nr. 49 vom 21. 6. 1950.

versität Frankfurt hatte er sich jedoch einen guten Ruf als Fachmann auf dem Gebiet der Internationalen Rechtsvergleichung geschaffen.

Ungewöhnlich an der Zusammensetzung der Delegation schien, daß ihr kein Vertreter der von den Verhandlungen unmittelbar betroffenen Montanindustrie angehörte. Als Adenauer drei Tage vor Konferenzbeginn die Namen der Delegierten bekanntgab, waren daher weite Kreise der Industrie bestürzt<sup>19</sup>.

Es zeigte sich jedoch, daß der Kanzler mit seiner Auswahl nicht schlecht beraten war: Aus dem interessengebundenen Gesichtspunkt der Montanindustrie konnte die für die Verhandlungen notwendige Konzeption weniger wachsen als aus dem Blickfeld von Menschen, die mit einem klaren Bild von den wirtschaftlichen Wirkungen der geplanten Arbeitsteilung an diese Aufgabe herangingen. Der eindeutig politische Rang der Konferenz dürfte dem Bundeskanzler Veranlassung gegeben haben, eine „etwas weniger scharf profilierte Delegation“<sup>20</sup> zu wählen, die die Funktion eines ihm attachierten Stabes ausübte.

Adenauer konnte dadurch sein persönliches Gewicht in der Frage zur Geltung bringen, die ihm von jeher am Herzen lag – der des deutsch-französischen Ausgleichs<sup>21</sup>.

Es darf als sicher angenommen werden, daß Schäffer neben der Empfehlung Bodens und Hallsteins weitere wertvolle Ratschläge für die Vorbereitung der Konferenz gab, wie dies auch gegen Ende des nachstehenden Protokolls angedeutet wird. Schäffers große taktische Erfahrung auf internationalen Konferenzen wird in seinem Gespräch mit John McCloy vom 20. Juni 1950<sup>22</sup> besonders deutlich. Schäffer äußerte darin, er sei fest überzeugt, „daß Monnet einen Plan fertig ausgearbeitet habe und nur nicht mit ihm herausricke, sondern ihn allmählich aus den Verhandlungen hervordachsen lassen wolle, so daß jeder Unterhändler das Gefühl habe, an seiner Entstehung beteiligt gewesen zu sein“<sup>23</sup>.

*Eckhard Wandel*

### Dokument

#### Auszug aus dem Tagebuch vom 3. Juni 1950

Besuch bei *Adenauer* in Rhöndorf. Der Kanzler, der durch eine Lungenentzündung etwas geschwächt ist, empfing mich in seiner rosengeschmückten Veranda.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wüßte nicht, ob ich bereits von seinem Adjutanten Blankenhorn über den Zweck unserer Besprechung gehört hätte. Er wolle mir die Geschichte von Anfang an erzählen.

<sup>19</sup> Vgl. Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung, 5. Jahrgang, Nr. 70 vom 21. Juni 1950.

<sup>20</sup> Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, 4. Jahrgang, Nr. 25 vom 23. Juni 1950.

<sup>21</sup> Vgl. ebenda.

<sup>22</sup> Am selben Tag begannen in Paris die Verhandlungen über den Schuman-Plan.

<sup>23</sup> Tagebuchaufzeichnung vom 20. 6. 1950.

Zunächst wollte er über sein persönliches Verhältnis zu Schuman (früherer franz. Ministerpräsident) reden. Er habe Schuman schon 1938 einmal getroffen, aber keine Erinnerung daran behalten. Dann hätte ihn Schuman das erste Mal wieder 1946 oder 1947 besucht. Sie hätten dabei die ganzen zwischen Deutschland und Frankreich liegenden Probleme miteinander besprochen und sich sehr gut verstanden. Schuman sei eine religiöse Natur, für die die Frage einer Einigung der beiden Länder keine auf den Augenblick beschränkte Zweckmäßigsfrage, sondern eine wirkliche Herzensangelegenheit sei. Dabei sei auch die Saar und deren Behandlung besprochen worden. Mit dem was ihm Schuman damals gesagt habe, hätte allerdings das Verhalten Frankreichs bezüglich der Saar-Verträge in großem Widerspruch gestanden. Deswegen sei er gegen Schuman außerordentlich aufgebracht gewesen und habe dem auch Ausdruck gegeben. Dazu sei gekommen, daß ihn Bidault ausdrücklich vor Schuman und dessen Unwahrhaftigkeit habe warnen lassen. Durch diesen Zwischenfall sei eine Abkühlung zwischen ihm und Schuman eingetreten und die von ihm selbst im vorigen Dezember vorgeschlagene großzügige Verständigung beider Länder zu einer Zollunion sei nicht weiter verfolgt worden<sup>24</sup>. Seine Überzeugung sei aber nach wie vor, daß aus politischen Gründen der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich beseitigt werden müßte, um eine Festigung Europas zu erreichen, die gegenüber der Gefahr von Osten unbedingt notwendig sei.

In diesem Zusammenhang müßte er einige Worte über England sagen. Ich sollte nicht glauben, daß er gegen England irgendwie voreingenommen sei, Adenauer sähe aber immer wieder, daß Englands Außenpolitik sich von den alten Methoden nicht lösen könnte und auf das „Teilen und Herrschen“ hinausginge. England fühlte, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zu einem Übergewicht dieser vereinigten Länder über England führen könnte und suche eine solche Einigung daher zu verhindern. Deswegen habe sich England durch den Schuman-Plan unangenehm überrascht gefunden und sei noch nicht zu einer positiven Einstellung ihm gegenüber gelangt. Es sei eben auch die erste selbständige Handlung französischer Politik gewesen, über die England vorher nicht befragt worden sei, und diese wiedererwachende Selbständigkeit Frankreichs löse drüben Unwillen aus. Er sei auch nicht sicher, daß es vor der Eröffnung der Verhandlung zu einer Verständigung mit England kommen werde, aber Schuman habe ihn wissen lassen, daß Frankreich mit Deutschland und den anderen Ländern, notfalls auch ohne England, in Verhandlungen eintreten werde.

Der vorher ans Telefon gerufene Ministerialdirigent Blankenhorn teilt darauf dem Bundeskanzler mit, daß die noch vor einer Stunde als sicher angenommene Einigung nach einer soeben eingegangenen Mitteilung auf erneute Schwierigkeiten von englischer Seite gestoßen sei, so daß möglicherweise das Communiqué aller beteiligten Staaten (mit oder ohne England) nicht schon während der Nacht, sondern erst am morgigen Tage herauskommen werde<sup>25</sup>.

Der Kanzler sieht dies als eine Bekräftigung seiner Auffassung an und weist auf die Schwierigkeiten, die England in seinem Commonwealth habe, hin. Man sehe eben, daß eine Unsicherheit in der englischen Politik vorhanden sei. Wahrscheinlich beruhe sie darauf, daß es seine Macht an allen Ecken und Enden in die Brüche gehen fühle. Dabei sei die englische These unrichtig. Auch England brauche ein starkes Europa, um sich halten zu können und habe an der politischen Wirkung des Schuman-Planes ein eigenes großes Interesse.

<sup>24</sup> Vgl. Heinrich Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration, a. a. O., S. 41.

<sup>25</sup> Am 5. Juni 1951 lehnte die britische Regierung die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Bildung einer Montanunion ab. Vgl. Handelsblatt-Deutsche Wirtschaftszeitung, 5. Jahrgang, Nr. 64 vom 7. Juni 1950.

Europa könnte nicht darauf rechnen, gegenüber der wachsenden Macht Rußlands von Amerika Schutz zu bekommen. Alles, was von Amerika darüber versprochen werde, gehe über dessen Kräfte. Die Fliegerwaffe sei immer in ihren Wirkungen überschätzt worden und könnte, selbst wenn sie noch so rücksichtslos gegen russische Städte und Industriegebiete angewendet würde, einem Vordringen der Russen keinen Halt gebieten.

Aus dieser tiefen Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit einer Einigung Deutschlands und Frankreichs heraus habe er den Schuman-Plan von Herzen begrüßt. Einem solchen Gebilde würden sich, wie er wisse, auch die anderen westeuropäischen Staaten anschließen. Italien sei sehr freundlich gegenüber Deutschland eingestellt. Holland habe gerade in den letzten Wochen das Gleiche zum Ausdruck gebracht. Die kirchliche Partei in Belgien wollte gern mit der hier in der Macht befindlichen katholischen Gruppe zusammenarbeiten. Es stehe etwas mehr als eine politische und ökonomische Frage für diese Länder zur Entscheidung. Es sei etwas wie eine gemeinsame Weltanschauung des westlichen Europas, die alle nationalen Gegensätze überwinde.

In dieser Lage habe nun Schuman seinen Plan veröffentlicht, der von Monnet, der ja nicht dem Kabinett angehöre, aber die französische Regierung in sehr starker politischer Stellung berate, ausgearbeitet sei. Er wisse, daß für Monnet diese religiösen Motive, die für Schuman bestünden, keine Rollen spielten. Monnet sei in dieser Hinsicht indifferent, eine Art humanistischer Agnostiker oder Liberaler, aber ohne den kulturkämpferischen Einschlag, der den deutschen Liberalen noch vielfach innewohne. Er habe sehr lange mit Monnet gesprochen und von ihm den Eindruck eines sehr klugen, sehr wohlmeinenden, sehr gut unterrichteten, ruhigen, von Eitelkeit freien Mannes gewonnen, dem es wirklich auf eine politische Verständigung der beiden großen Völker ankomme.

*Ich* schalte ein, daß ich Monnet seit etwa 25 Jahren kenne, und zwar in verschiedenen Eigenschaften: zunächst als Generalsekretär des Finanzkommittés des Völkerbundes, dann als Partner von Blaire & Co. Dann habe er mich 1933 aufgefordert, ihn nach China zur Beratung der Familie Chiangkaishek zu begleiten, was ich aber abgelehnt hätte, nachdem die chinesische Regierung sich geweigert hätte, die von mir für mich und 7 Mitarbeiter, die ich mitnehmen wollte, geforderte Hinterlegung eines halben Jahresgehaltes in London zu akzeptieren. Dann sei Monnet mir in seiner Eigenschaft als Mitliquidator der Firma Kreuger & Toll begegnet und sein nächster Mitarbeiter Pierre Denis habe in diesen Zündholzfragen etwa ein Jahr mit mir teils in Stockholm, teils in New York zusammengearbeitet. Monnet habe stets den Gedanken einer Verständigung Deutschlands mit Frankreich verfolgt und der deutschen Seite oft gute Ratschläge gegeben. Auch der alte Marcus Wallenberg habe Monnet hoch geschätzt.

Der *Kanzler* erwidert darauf, daß er die Auffassung Monnets nicht geteilt habe, daß man auch andere Länder zu den Verhandlungen zuziehen sollte. Ihm hätte es besser gelegen, wenn sich erst Deutschland und Frankreich verständigt und dann die anderen Länder zur Mitwirkung aufgefordert hätten. Monnet hätte aber das als unmöglich bezeichnet, weil damit das Mißtrauen der anderen Länder geweckt und alsbald eine geistige Einstellung gegen den Plan erzeugt worden wäre. Dieser Auffassung Monnets habe er sich dann gefügt.

Monnet habe darauf mit ihm die Art besprochen, wie man diese Sache anfassen sollte. Schuman habe in dieser Hinsicht gewisse Wünsche übermitteln lassen, nämlich als 1. daß Adenauer die Sache selbst in Deutschland in der Hand behalten sollte, ebenso wie Schuman dies in Frankreich tun werde; 2. daß man die Ministerien sich nicht in die Sache einmischen lasse, bis eine grundsätzliche politische Einigung erreicht sei, sonst werde der wirkliche politische Sinn des Planes zerstört und er in eine Reihe



von wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsfragen zerfasert werden; 3. daß man keine unmittelbaren Interessenten, d. h. keine aktiven Eisen- und Kohlen-Leute die Verhandlungen führen lasse, sondern Leute mit allgemeinem politischem und wirtschaftlichem Überblick. Monnet habe als Beispiel Professoren und unabhängige Gelehrte angeführt.

Man habe sich die Arbeit so gedacht, daß auf jeder Seite zwei eigentliche Verhandlungsdelegierte bestünden, welche nach außen hin als alleinstehend aufträten. Diese sollten eine zweite Gruppe als ständige Berater und eine dritte Gruppe als von Fall zu Fall für Spezialfragen zuzuziehende Sachverständige zur Seite haben. Auf französischer Seite würde Monnet auftreten, und wahrscheinlich ein von ihm erwähnter Mitarbeiter Schumans (Chatelier?). Monnet habe dann gefragt, wen Adenauer auf deutscher Seite zu entsenden gedenke. Adenauer habe nach einigem Nachdenken erwidert, daß er im Augenblick nur zwei Männer sähe, die als Verhandlungsdelegierte in Betracht kämen, Abs und mich. Monnet habe darauf gesagt, Abs werde für die Franzosen unannehmbar sein, da er während der Besatzungszeit für deutsche Stellen in Frankreich aufgetreten sei. Mich habe er auf Grund unserer alten Bekanntschaft begrüßt und dabei sehr freundlich über mich gesprochen. An dem Abend des Tages habe Adenauer dann an mich nach Schweden telegraphiert und mich zur Rücksprache gebeten. Er möchte nun wissen, ob ich bereit sei, die Sache zu übernehmen und wen ich sonst noch vorschlagen könnte.

*Ich* erwidere darauf, daß ich seit 12 Jahren Schwede sei und daß es nach außen einen sehr schlechten Eindruck machen müßte, wenn Deutschland niemanden anderes als einen immigrierten Schweden zu stellen habe. Ich hätte auch kein Talent, im Rampenlicht zu spielen. Was ich ihm seiner Zeit zugesagt hätte, als Verbindungsmann oder als Berater zur Verfügung zu stehen, würde ich selbstverständlich halten, aber im ganzen möchte ich mich auf die Rolle des Souffleurs und gegebenenfalls des Mitverfassers des Stückes beschränken.

*Adenauer* erwidert, daß er sich das mehr als Spielleiter hinter der Szene denken würde.

*Ich* bitte ihn dann, diese Frage zunächst zurückzustellen, weil man sie besser bereden könnte, wenn man über den sachlichen Inhalt der Verhandlungen gesprochen habe. Er dürfe nicht vergessen, daß, wie der Plan auch aussähe, er zum mindesten für eine längere Übergangszeit die Ausgangslage der deutschen weiterverarbeitenden Industrie, die z. Z. vermöge niedriger Stahl- und Kohlen-Preise, viel besser als die der französischen sei, erheblich verschlechtern müßte. Es werde dabei Verwundete und tote Firmen geben; die Angriffsfläche noch durch die Wahl eines außergewöhnlich wirkenden Unterhändlers zu verbreitern, wäre nicht weise. Außerdem könnte ich mir vorstellen, daß in einem gewissen Zeitpunkt auch schwedische Interessen mit hineinspielen und daß in diesem Augenblicke die schwedische Regierung nicht wünschen würde, daß ein schwedischer Staatsangehöriger als spezieller deutscher Unterhändler mitwirkt. Im ganzen sei mir der ganze Gedanke so neu, daß mir sicher später noch andere Gesichtspunkte einfallen würden. Ich hätte, als ich das Telegramm des Kanzlers erhielt, gedacht, daß er mich bitten wollte, ihm einige geeignete Menschen als Unterhändler vorzuschlagen oder zu einigen von ihm genannten Namen sachlich Stellung zu nehmen. Deswegen hätte ich mir eine Liste solcher Namen angefertigt, die ich mit ihm besprechen möchte. Ich nähme an, daß er auch eine solche Liste hätte. Meiner Auffassung nach müßte man Monnet, der seit Jahren, eigentlich seit 1945, an dem Monnet-Plan der Erweiterung der französischen Kohlen- und Eisenindustrie arbeite, einen entsprechend geschulten Mann gegenüberstellen.

*Adenauer* unterbricht mich hier und erwidert, daß er das auch Monnet gesagt und hinzugefügt habe, daß wir einen gleichwertigen Partner nicht hätten und daher von vornherein in einer unterlegenen Situation seien, aber er glaubte doch, daß es nicht

so sehr auf die Kenntnis dieser Industrien bei den Hauptverhandlungsführern ankäme, sondern mehr auf einen allgemeinen Überblick, denn aus einer Vereinigung dieser Industrien würden sich weitgehende andere Fragen ergeben, z.B. eine vollständige Umstellung der Handelspolitik, die bis zu einer Zollunion gehen würde. Er selbst habe zusammen mit Hugo Stinnes seiner Zeit zur Beseitigung der Folgen der Ruhrbesetzung im Winter 1923/24 der Reichsregierung unter Wilhelm Marx vorgeschlagen, Hugo Stinnes nach Paris zu schicken, um eine Kuppelung der Schwerindustrie beider Länder und eine entsprechende Vereinigung der Zollgebiete vorzuschlagen.

*Ich bestätige das, da ich selbst bei der Sitzung, an der von westlicher Seite auch Louis Hagen teilgenommen habe, zugegen gewesen sei.*

*Adenauer fährt fort, daß dann aber Stresemann über die Lunchzeit die Sache dadurch zerschlagen habe, daß er einem leitenden Franzosen gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß die Reichsregierung zu Stinnes kein Vertrauen hätte. Er, Adenauer, habe dies durch einen Zufall erfahren und noch am Abend Stinnes erzählt, der darauf sein schon gekauftes Billett zurückgegeben und es abgelehnt habe, zu reisen. Stinnes habe dabei zu ihm geäußert, es werde nun Zeit, daß er Stresemann den Kragen umdrehe. Die Idee sei also von ihm, Adenauer, schon früher verfolgt worden und müsse jetzt aus großem politischen Grund unbedingt verwirklicht werden.*

*Ich erwidere, daß ich glaube, daß die Einigung Westeuropas in einer dauernden Form eine Notwendigkeit sei und daß ein solches Ziel den Einsatz aller persönlichen Kräfte lohne. Ich glaube auch, daß der Augenblick taktisch geeignet sei, weil beide, sowohl Deutschland wie Frankreich, an der Erreichung dieses Zieles Interesse hätten, wenn auch die Gründe dafür auf beiden Seiten nicht die gleichen seien. Die schwerindustriellen Märkte seien am Umkippen; in der Kohle sei bereits ein Mehrangebot vorhanden, das sich aus verschiedenen Gründen in der nächsten Zeit noch sehr vergrößern würde. Im Stahl würde es nach kurzer Zeit auch dahin kommen. Die technische Entwicklung und der Vorgang Amerikas drängten nach vergrößerten und einheitlich gelenkten Betriebsformen. Die Franzosen hätten berechtigte Furcht vor der Zeit internationalen Wettbewerbs. In der Kohle hätten sie eine Reihe weniger abbauwürdiger Gruben ausgebaut, die im freien Wettbewerb nicht mit könnten. Ihre Stahlproduktion hätten sie sehr erweitert und ein Absatz der Produkte nach Deutschland würde ihnen sehr erwünscht sein. Eine Einigung hierüber würde die zweifellos bei der Durchführung des französischen Monnet-Planes erfolgten Fehlinvestitionen durch Auflösung in einer größeren Einheit weniger in Erscheinung treten lassen.*

*Adenauer wirft ein, daß Monnet ihm von sich aus gesagt habe, daß bei Poolung der gesamten Industrie die Franzosen zur Stilllegung ungeeigneter Gruben bereit wären.*

*Ich fahre fort, daß auch auf deutscher Seite Gründe vorliegen, auf den Plan einzugehen. Durch die Poolung könnte das Ruhr-Statut in einer Form abgebaut werden und die Saar-Frage ihres politischen Charakters entkleidet werden, die kein Prestige verletze und den alliierten Staatsmännern die Möglichkeit gäbe, diese Änderung der Besatzungsmaßnahmen vor ihren Parlamenten und besonders vor ihren Oppositionen zu verteidigen. Daran hätte Deutschland mit dem Ziele der Wiedererlangung seiner Selbständigkeit das größte Interesse. Diese Gesichtspunkte seien vielleicht Monnet nicht bewußte Motive. Sie seien aber vorhanden, und das vermehre die Aussichten eines Erfolges, und einen Erfolg müsse man haben, denn ein Scheitern des mit so großer Emphase bekanntgegebenen Planes würde ein Unglück für Europa sein und den Russen ein starkes Propagandamaterial in die Hand geben.*

*Adenauer wehrt diese Betrachtung mitwirkender Nebengründe ab und sagt, man müsse die Sache politisch als eine Einigung der beiden seit Jahrhunderten entzweiten*

Länder und als einziges Mittel zur Verteidigung Westeuropas gegenüber einem militärischen Vordringen der Russen ansehen. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß werde auch ein politisches Zusammengehen zur Folge haben, vielleicht auch ein militärisches, obgleich er selbst Deutschland möglichst aus einer Aufrüstung heraushalten wolle.

*Ich stelle fest, daß wir diese Sache gleich betrachteten und daß ich diese mehr taktischen Erwägungen nur vorgebracht habe, um darzulegen, daß der Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Frage der richtige sei.*

Wir kommen auf die Liste zu sprechen, und zwar zunächst auf die von mir aufgestellte. *Ich sage, daß ich nur einen Mann in Deutschland kenne, der in seiner ruhigen, unpathetischen und nicht eiteln Art ein Verhandlungspartner für Monnet sei, und das sei Hermann Abs. Ich glaubte, wir sollten versuchen, Monnet zur Aufgabe seines Widerstandes zu bewegen, da ich überzeugt sei, daß man die Einwendungen, die gegen Abs gemacht würden, entkräften könne.*

*Adenauer* erwidert, er hätte schon daran gedacht, Abs zu bitten, in einer anderen Frage Monnet einmal aufzusuchen, damit dieser ihn kennenlerne, aber das dürfe ein Gottes willen nicht den Eindruck machen, daß der deutsche Unterhändler der Gegenseite zur Genehmigung vorgeführt würde. *Ich* werfe darauf die Frage auf, ob der Kanzler nicht beide Herren einmal zusammen einladen könnte. Dies fand der *Kanzler* im Hinblick auf die Publizität eines solchen Besuches zu riskant. Er regte aber an, ob ich nicht noch von Bonn aus Monnet einen Brief schreiben könnte, in dem ich zum Ausdruck brächte, daß ich, ganz unabhängig vom Kanzler, Hermann Abs an erster Stelle und als den einzig Geeigneten in Vorschlag gebracht hätte und daß ich die Wirksamkeit des Herrn Abs seit langem kenne, gleichzeitig mit ihm in USA gewesen sei und hätte verfolgen können, welchen Eindruck er überall gemacht und welches Ansehen er sich erworben hätte und daß schließlich demgegenüber einzelne ungünstige Pressestimmen keine Bedeutung gehabt hätten.

*Ich* erkläre mich bereit, einen solchen Brief zu schreiben, bitte aber, über dessen Inhalt vorher mit Herrn Abs sprechen zu dürfen. Es handle sich um eine so wichtige Sache, die auch von Hermann Abs persönlich von solcher Bedeutung sei, daß man nichts hinter seinem Rücken tun könnte. Ich kenne auch die Tätigkeit von Abs während des Krieges nicht genau genug, um nicht möglicherweise etwas Unrichtiges zu tun, was von Monnet leicht widerlegt werden könnte und dann den Gedanken zum Scheitern brächte. Schließlich könnte Abs sicher noch den einen oder anderen Gesichtspunkt beibringen, der wirksam verwendet werden könnte. Ministerialdirigent Blankenhorn ist zweifelhaft, ob man vorher mit Herrn Abs sprechen sollte. Man müsse ihm seine Unbefangenheit wahren.

Der *Kanzler* scheint diesem Zweifel zunächst zuzuneigen, sagt aber dann nach längerem Nachdenken zu mir: die Sache ist zu wichtig für die Allgemeinheit und für Abs persönlich, als daß man ohne eingehende Besprechung mit ihm den Brief absenden könnte. Er bittet mich, die Besprechung so bald als möglich zu führen.

*Ich* erkläre mich dazu bereit, unter der Voraussetzung, daß ich das Recht hätte, Abs über die gesamte Unterhaltung zu berichten „so als ob er zugegen gewesen wäre“. Hiermit ist der *Kanzler* einverstanden und Blankenhorn versucht telephonisch Abs zu erreichen.

*Wir* treten dann in eine Erörterung der weiteren Namen meiner Liste ein, wobei ich vorausschicke, daß die Wahl jedes der beiden Hauptunterhändler von der Wahl des anderen abhängig sein sollte. Meines Erachtens müßte ein Mann von allgemeiner Auffassung mit einem Mann, der die Schwerindustrie genauer kennt, zusammenwirken, denn Monnet beherrsche selbst beides.

*Ich* schlage darauf dem Kanzler 13 Persönlichkeiten vor, von denen er alle bis auf 4 ablehnt. (Von den verbliebenen 4 hat er nachher zwei als Unterhändler ernannt. Die Namen der vom Kanzler Abgelehnten will ich hier nicht wiedergeben.)

*Wir* kommen dann nochmals kurz auf die technische Seite der Verhandlungen zurück. Wir sind darüber einig, daß beim Zusammentreten der 6 oder 7 Mächte schon ein Entwurf vorliegen muß und daß dieser Entwurf nach Lage der Sache nur von den Franzosen ausgehen kann, daß es aber sehr gut wäre, wenn wir unsichtbar schon bei der Aufstellung dieses Entwurfes mitwirken könnten. Etwas derartiges wäre mit Monnet alsbald zu vereinbaren.

Der *Kanzler* stellt sich die Arbeit so vor, daß innerhalb 3 Monaten ein Vertrag angenommen sein soll, an dessen Verfeinerung und Ausgestaltung dann in längerer Zeit zu arbeiten wäre.

*Ich* glaube, daß der ursprüngliche Vertrag für lange Zeit hinaus ein der Auslegung unterliegendes Dokument bleiben wird. Deswegen wäre es richtig, als Unterhändler auch einen jüngeren Mann von vornherein an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen<sup>26</sup>. Derjenige, der später einmal aus eigener Erinnerung eine Auslegung als richtig bezeichnen oder verwerfen kann, hat vor denen, welche die Verhandlung nur von dritter Seite kennen, immer einen großen Vorsprung.

*Ich* erkläre, ehe ich meine Mitwirkung dafür zusage, müsse ich die Genehmigung der schwedischen Regierung einholen. Ich bitte um die Erlaubnis, ganz offen mit dem mir nahestehenden Kabinettssekretär Dag Hammarskjöld sprechen zu dürfen, der aber, wie ich glaube, seiner Gesamteinstellung nach meine Mitarbeit nur begrüßen würde.

---

<sup>26</sup> Hallstein war 1950 48 Jahre und Blankenhorn 45 Jahre alt.